

Erscheint wöchentlich  
einmal: Freitag.  
Anzeigen: Die 6 gespaltene  
Bogenspalte 20 Pfennig.  
Im Abonnement oder bei  
Wiederholung entsprechend  
billiger.  
Schluß der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Stimme

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungspreiskarte.  
Redaktion und Expedition:  
Ulm a./Donau  
Reichardtstraße 14.  
Telefon 1442.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an H. Barholt, Ulm a. D., Reichardtstr. 14, Telefon 1442. — Geldsendungen an W. Stelle, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23.

Nummer 7/8.

Ulm a. Donau, den 22. Februar 1918

29. Jahrgang

**Inhalt:** Beruf, Bildung, Staat. — Ortsverbände. — Tarifverhandlungen für das bayerische Sägewerbe. — Ehrentafel. — Holzbeschaffung u. Möbelfrage. — Die Eigenschaften des Holzes. — Rechnungsabschluss der Zuschuß-Krankenunterstützungs- und Begräbnis-Kasse des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands. — Verhältniswahl und Wahlordnung. — Verdiensterfassung und Zusammenstellung. — Der Arbeitsmarkt im Dezember 1917 — Wochenschau. — Rundschau. — Hermann Klotz sen., Berlin f. — Die Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten. — Holzverteilungskasse für Fußbekleidung. — Aus den Ortsvereinen. — Patentschau. — Anzeigen.

Sucht wenigstens in eine Beamtenlaufbahn hineinzukommen. Und hier stehen wir einem bedauerlichen Irrtum unserer Zeit gegenüber. Es wird so mancher junge Mensch durch die Klaffen der höheren Schulen hindurchgepreßt, dem Begabung und Neigung für die Geisteswissenschaften fehlen, dem aber von Mutter Natur die nicht minder wertvolle Gabe eines offenen Auges, einer geschickten Hand, eines praktischen Sinnes wurde. Gelangt er endlich in Amt und Würden, oft nach langer Wartezeit, dann läßt er seinen Beruf ohne Lust und Geschick aus und wird zum mechanischen Brotarbeiter. Wäre er seinen Gaben entsprechend in einen praktischen Beruf eingetreten, so hätte er mit Lust und Liebe geschäftet und hätte wahrscheinlich auch einen stärkeren materiellen Erfolg davongetragen. In den Beamtenberufen herrscht überall ein Ueberfluß, in den Berufen mit Handarbeit dagegen mangelt es seit langer Zeit an tüchtigen Arbeitskräften. Beide Uebelstände werden sich nach dem Kriege besonders bemerkbar machen. Denn Technik und Handwerk werden dann vor großen Aufgaben stehen, zu deren Bewältigung sie noch mehr Kräfte als bisher brauchen. Im Interesse des Einzelnen liegt es, daß andere Gesichtspunkte für Bildung und Beruf maßgebend werden. In der Hauptsache verdienen drei Gedanken ernsthafte Beachtung. Wir müssen von einer falschen Wertschätzung der Stände zurückkommen. Wir dürfen den Akademikerstand, im weiteren den Beamtenstand nicht überschätzen. Das führt zum ungesunden Kastengeist; es verleitet den einzelnen dazu, bei der Berufswahl nach der gesellschaftlichen Wertung des Berufes zu entscheiden und diesem Moment die Hauptsache, Neigung und Begabung, unterzuordnen. Zum zweiten muß die Handarbeit eine höhere Einschätzung erfahren, was ja dann eigentlich aus dem ersten von selber folgt, und zum dritten muß eben auch für die Handberufe eine höhere Schulbildung verlangt werden, besonders sollte man die Fach- und Fortbildungsschulen noch mehr ausbauen.

Das Verhältnis von Bildung und Beruf geht den Einzelnen recht nahe an, es ist aber auch von größter Wichtigkeit für den Staat. Diesem kann zunächst nur daran gelegen sein, möglichst hochgebildete Bürger zu besitzen. Er selbst blüht dabei auf, wie wir im Frieden gesehen haben, er profitiert davon aber auch in den schweren Zeiten des Krieges. Der „höhere“ Mensch gleicht mehrere niedrigere Menschen aus. Aber auch die Berufsfrage kann dem Staat nicht gleichgültig sein. Es muß ihm daran liegen, daß alle Zweige des großen Baumes blühen, daß alle vorhandenen Kräfte auch wirklich ausgenutzt werden. Jeder Beruf braucht daher von Staatswegen tüchtige Köpfe. Eine kluge Regierung kann es deshalb nicht ruhig geschehen lassen, daß alle Intelligenzen in bestimmte Berufe geleitet werden und andere nur mittelmäßige Kräfte behalten. Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch von Interesse, die jetzt häufig erhobenen Schulforderungen zu betrachten. Es wird sehr oft die Forderung ausgesprochen, jedem Kinde den Aufstieg zu den höchsten Bildungshöhen zu ermöglichen. Sehr richtig. Der Staat hat ja schon viel dazu getan. Er hat höhere Lehranstalten in kleinen Orten gegründet, er hat Schülerzüge eingerichtet, er verlangt da, wo er Zuzuschuß leistet, einen gewissen Prozentsatz Freistellen für begabte Volksschüler. Auch die allgemeine Volksschule, wie sie Rein und Natorp vorschlagen, mit einem sechsjährigen Unterbau, dürfte sich empfehlen, weil sich in dieser Zeit die Begabungen schon erkennen lassen und für viele der Uebergang in die höhere Schule erleichtert wäre. Also die Möglichkeit des Aufstiegs dürfen wir schon jedem gönnen, aber eine Vermehrung des Besuchs der höheren Schulen und der Universität können wir kaum wünschen. Denn dem Einzelnen verschlechtern sich damit die Aussichten, und dem Staat ist damit nicht gedient. Was nützt diesem das überflüssige Bildungsproletariat, während es in so vielen Berufen an geeigneten Kräften fehlt? Er hat vielmehr ein hohes Interesse daran, daß sich die vorhandenen Intelligenzen auf die verschiedenen Berufe nach Bedarf verteilen und dort segensreich wirken. Im Staatswohl liegt es also keineswegs, daß jeder tüchtige junge Mensch sich dem akademischen Studium widmet und damit einem praktischen Beruf verloren geht. Es kann daher vom Staate auch nicht verlangt werden, daß er den Zugang zum akademischen Studium erleichtert; allerdings muß er auf der andern Seite bemüht sein, nur die tüchtigen Köpfe zuzulassen, denn nicht das Geld, sondern die Leistungsfähigkeit soll den zukünftigen Beruf in der Hauptsache entscheiden.

Bildung und Beruf rühren an die tiefsten Interessen im Menschen; sie bestimmen eigentlich die Persönlichkeit des Einzelnen. Ebenso hängt das Staatswohl im höchsten Grade von ihnen ab. Wir sind mit Bezug auf sie bisher oft Irrwege gegangen. Wir stehen auch jetzt noch in starken Vorurteilen. Das sollte besser werden. Mag uns der Krieg, der große Lehrer, auch in der Beziehung den Blick schärfen, daß wir die Dreieckigkeit Bildung, Beruf, Staat ins rechte Verhältnis setzen lernen.

## Ortsverbände.

Von R. Reichelt.

Will man sich in einem Gebäude zurechtfinden, so ist es notwendig, alle Einrichtungen kennen zu lernen, und sich mit deren Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit vertraut zu machen. Da genügt es nicht, sich auf die innehabenden Räume zu beschränken und mit der größten Seelenruhe alles andere unbeachtet zu lassen. Gleichgültigkeit mit Interesselosigkeit gepaart gegen alles, was einen nicht direkt angeht, nur um in seiner Ruhe nicht gestört zu werden, führt oftmals dazu, daß man aus dieser Ruhe unliebsam herausgerissen wird. Es ist also eine Zweckmäßigkeitssache, von allen Einrichtungen im Hause orientiert zu sein und sich mit allen Bewohnern auf den Gemeinsamkeitssuß zu stellen. Denn schließlich hat doch jeder Bewohner ein großes Interesse daran, daß der Ausbau des Hauses der Zeit entsprechend fortschreitet und dadurch an Ansehen gewinnt. Wenn er dann noch Gelegenheit hat, selbst mit dafür tätig zu sein, so wird seine Befriedigung an dem Fortschritt viel intensiver und nachhaltiger sein, als wenn er gleichgültig abseits gestanden hätte.

So ähnlich liegen die Dinge auch in den Arbeiter-Organisationen. Jedes Mitglied, das in unseren Gewerksverein aufgenommen wird, sollte sich darüber klar sein, welche Einrichtungen, besonders in organisatorischer Beziehung innerhalb der ganzen Organisation vorhanden sind. Es ist dies notwendig, um sich bei Bedarf stets mit der richtigen Stelle in Verbindung zu setzen und den einzelnen Einrichtungen zur Förderung des Ganzen jederzeit das nötige Verständnis und Hilfe zuteil werden zu lassen. Die meisten Mitglieder aber kümmern sich nicht darum. Sie sind vielmehr bei einer Lohnbewegung oder bei einer Hausagitation in den Gewerksverein eingetreten, haben sich erklären lassen, was für Beiträge zu entrichten sind und welche Leistungen sie dafür erhalten, und damit ist ihr Interesse erloschen. Sie denken nur an sich, wenn es zu einer Unterstützung oder einer Lohnbewegung kommt, sonst ist ihnen die Organisation nur ein notwendiges Uebel, ohne jedes Bemühen, tiefer in den Geist und die Ideale der Gewerksvereinsidee einzudringen. Diese absichtliche Gleichgültigkeit hat der Arbeitererschaft selbst schon viel Schaden gebracht. Es geht eben nicht an, sich der Mitwirkung an dem organischen Aufbau des Gewerksvereins zu entziehen, ohne daß diese Vernachlässigung in irgend einer Weise sich fühlbar macht. Die Pflicht zur Organisation erlischt durchaus nicht mit dem Eintritt in einen Ortsverein und Zahlung der Beiträge, sondern umfaßt auch eine rege Betätigung innerhalb und außerhalb der Gewerksvereinsorgane.

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Mitglieder, namentlich die Neueingetretenen, über die organischen Verbindungen der Gewerksvereine und der Gewerksvereine untereinander aufzuklären. Jeder Beruf hat seinen Gewerksverein als Berufsorganisation, z. B. der Gewerksverein der Deutschen Holzarbeiter, der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, der Gewerksverein der Textilarbeiter, Lederarbeiter usw. Diese einzelnen Gewerksvereine setzen sich aus Ortsvereinen zusammen und haben eine selbständige Leitung, die Hauptorgane. Das Mitglied tritt also in den Ortsverein seines Berufes ein und gehört somit seinem Gewerksverein an. Die Gewerksvereine der verschiedenen Berufe bilden nun untereinander wieder ein freiwilliges Ganzes, den Verband der Deutschen Gewerksvereine mit einer Geschäftsleitung und dem Zentralrat, zusammengesetzt aus Vertretern der einzelnen Gewerksvereine, als leitende Instanz. Die Gewerksvereine richten ihre Betätigung nach den Sitzungen, die von den Generalversammlungen, welche von Zeit zu Zeit stattfinden, beschlossenen werden. Der Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine gliedert sich nach unten in Ortsverbände, die sich vielfach wieder in Landesverbänden zusammenfinden. Über diese Ortsverbände, deren Wesen von vielen Mitgliedern noch nicht richtig ergriffen worden ist, soll im Nachfolgenden einige Aufklärung gegeben werden.

Ein Ortsverband setzt sich aus den in jedem Orte befindlichen Ortsvereinen der einzelnen Berufs-Gewerksvereine zusammen, z. B. dem Ortsverein der Holzarbeiter, Maschinenbauer und Metallarbeiter, Textilarbeiter, Schuhmacher, Fabrik- und Handarbeiter usw. Der Ortsverband soll also alle am Orte u. in dessen Umgebung befindlichen Ortsvereine zusammenfassen und somit im kleineren das sein, was der Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine im großen, über das ganze Deutsche Reich ist. Die Geschäftsführung des Ortsverbandes erfolgt durch einen Vorstand und Ausschuß, in dem Vertreter der einzelnen Ortsvereine entsandt werden. Die Beiträge zu den Verwaltungskosten werden von den angeschlossenen Ortsvereinen aufgebracht.

Der Zweck der Ortsverbände soll sein, die gemeinsamen örtlichen Interessen aller Arbeiter und Arbeiterinnen zu fördern, die Gesamtorganisation am Orte zu stärken und auszubreiten, sowie in der Öffentlichkeit zu allen wichtigen Fragen, welche die Arbeitererschaft interessieren, vom Standpunkt der Gewerk-

## Beruf, Bildung, Staat.

Von Rektor Paul Hoyer-Berlin.

Während dieses Krieges wie auch schon in der Zeit vorher hat es sich deutlich erwiesen, daß wir an Bildung den fortschrittensten Nationen nicht nachstehen; ja, unsere Riesenerfolge berechnen uns zu dem Schluß, daß wir an der Spitze der Völker marschieren. Denn eine Uebermacht von Feinden steht gegen uns, unsere Kriegerjahre wie unsere äußeren Hilfsmittel reichen bei weitem nicht an das heran, was unsern Gegnern zur Verfügung stand. Also mußte etwas anderes jenes Mehr auf der feindlichen Seite ausgleichen und übertreffen, und das war eben das deutsche Wesen und die deutsche Bildung.

Wir dürfen gesehen, daß wir von allen Völkern wohl das meiste Gewicht auf eine gute, sorgsame Erziehung legen. Bei uns blühte wie sonst nirgends die pädagogische Wissenschaft. Wir waren das Volk der Schulen und Kasernen — und auch Kasernen sind ja in gewissem Sinne Schulen —, das Schulwesen war bei uns so reich organisiert, daß jeder auf besonderen Wegen zu seinem Bildungsziel gelangen konnte.

Dazu aber kam und kommt noch ein Zweites: das ist die besondere Art, die Veranlagung des deutschen Volkes. Es liegt in ihm ein starker Erkenntnisdrang — wie es gewiß kein Zufall war, daß der Faustdrang gerade bei uns entstehen mußte —, die Deutschen haben einen starken Forscherdrang in sich, weshalb man sie ja das Volk der Dichter und Denker geheißen hat, weshalb sie so viele Geistesheroen aufweisen wie kein anderes Volk; im Deutschen steckt aber auch ein starker Wille, ein eiserner Fleiß, die gesteckten hohen Ziele zu erreichen.

Der starke Bildungsdrang war früher unser Kennzeichen, er ist es aber auch heute noch. Nur in der Art, wie er sich auslebt, und in seinen Zielen besteht wohl zwischen einst und jetzt ein merklicher Unterschied. Ehemals lenkte er weniger äußeren, praktischen Aufgaben zu, er begnügte sich im ideellen Wirken; damals waren wir das stürmende, dachtende Volk der Denker und Träumer. Heute sind wir erwacht zu praktischer Arbeit, unser Sinn für die Wirklichkeiten dieses Lebens ist erlärtert.

Daher auch unser äußerer Auffassung in den letzten Jahrzehnten. Wir hatten aus eigener Erfahrung gelernt, daß Wissen und Können Macht bedeuten, daß hohe Bildung auch zu hohen äußeren Erfolgen führt. Der rührige Deutsche fing in einer Weise an, sich die Welt zu erobern, daß ihrem bisherigen Besitzer, dem Engländer, angst und bange wurde. Er war an den Gedanken des Besitzes der Welt Herrschaft gewöhnt, er wollte mit niemand teilen, aber er war auch im Gegensatz zum Deutschen zu bequem, um in rastloser Arbeit, im friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb um den ersten Preis zu kämpfen. Daher kam es zu diesem Kriege.

Doch zurück zu unserem Volke. Die Erkenntnis war überall durchgedrungen, daß der in uns wohnende Bildungsdrang auch gewährt werden müsse und daß die gewonnene Bildung für die zukünftige Gestaltung des Lebens ausschlaggebend war. Daraus erklärte es sich, daß wir das Land der Schulen wurden. Wir haben selbst im kleinsten Dörfchen eine Schule, und das Volk verlangt sie, mag auch der Einzelne manchmal noch so sehr an Schulschmerzen leiden. Wir haben zwar den Schulzwang — weise und weitblickend war er einst von den Hohenzollern eingeführt worden — aber wir brauchen ihn heute kaum noch. Bis auf wenige Ausnahmen schicken alle Eltern ihre Kinder freiwillig zur Schule, auch in den unteren Volksschichten hält man die Jugend nicht ohne Not vom Unterricht fern.

Einen engen Zusammenhang hat die Bildung und ihr Erwerb natürlich mit dem Beruf. Es gibt kaum einen einträglichen Beruf, der nicht ein gewisses Maß von Bildung voraussetzt, und je gebildeter ein Mensch ist, desto vollkommener, leistungsfähiger wird er auch immer seinen Beruf ausüben können. Schon daraus erklärt es sich, daß wir der Schule eine so große Bedeutung beimessen, daß wir ferner so viele Fach- und Fortbildungsschulen gründen.

Aber das Verhältnis von Bildung und Beruf geht nicht immer in dem angegebenen reinen Verhältnis auf. Es ist heute infolge einer Verschiebung und Verirrung eingetreten, als ein gewaltiger Strom zu den gelehrten Berufen, zum mindesten denen mit Kopfarbeit, stattfindet und die Berufe mit Handarbeit verachtet werden. Besonders die akademischen Berufe gelten als erstrebenswert; wer sie aber nicht erreichen kann,

**! Kollegen werbt Mitglieder für unsern Gewerksverein !**

...eine aus Stellung zu nehmen. Während also zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder, z. B. bei Lohnbewegungen usw., die Ortsvereine der einzelnen Berufe eingreifen müssen, hat der Ortsverband nur Allgemeininteressen zu vertreten.

Die Aufgabe der Ortsverbände ist sehr vielseitig. Hierher gehört die Stärkung der Ortsvereine durch allgemeine Werbung von Mitgliedern, sei es durch Wort oder Schrift; die Gründung von neuen Ortsvereinen für solche Berufe, deren Angehörige noch nicht in den Gewerksvereinen organisiert sind; die Förderung aller sozialen Wahlen, wie z. B. zu den Kantonsräten, Versicherungsämtern, Gewerbeämtern usw., Stellungnahme zu allen sozialpolitischen Angelegenheiten, die allgemeiner Natur sind; die Abhaltung von regelmäßigen Ortsverbandsversammlungen oder öffentlichen Versammlungen mit zweckentsprechenden Vorträgen; die Errichtung von Jugendabteilungen zur Gewinnung und Heranbildung der Jugend; die Errichtung von Arbeitersekretariaten und Arbeitsnachweisen nach den Bestimmungen der Verbandsleitung; die Errichtung von Distriktsklubs zur gegenseitigen Belehrung über das Wesen der Gewerksvereine und der öffentlichen Angelegenheiten sozialpolitischen Charakters.

Besonders wichtig ist die Zusammenziehung des Ausschusses und Vorstandes; denn darnach richtet sich die ganze Arbeit des Ortsverbandes, die richtig erfasst und durchgeführt für die Entwicklung der Gewerksvereinsache am Orte von ausschlaggebender Bedeutung ist. Man wähle deshalb nur die tüchtigsten Kollegen und Kolleginnen in den Ortsverbandsausschuss. Das Interesse an dem Ortsverband muß geweckt werden durch regelmäßige Abhaltung von Versammlungen mit einer stets zeitgemäßen Tagesordnung und Vorträgen. Durch die Besprechung von allen sozialpolitischen und öffentlichen Angelegenheiten ist stets genügend Stoff vorhanden, wobei auch die Agitation nicht vernachlässigt werden darf. Mindestens alle drei Monate muß eine derartige Versammlung stattfinden und die Mitglieder in den einzelnen Ortsvereinen müssen rechtzeitig dazu eingeladen werden. Die Ortsvereine haben auch die Pflicht, ihren Mitgliedern immer wieder einzuschärfen, daß die Ortsverbandsversammlungen genau so gut besucht werden müssen wie die Ortsvereine, und haben in ihren Versammlungen immer wieder auf den Zweck des Ortsverbandes hinzuweisen. Nur dadurch ist zu erreichen, daß das Interesse der Mitglieder an allen gemeinsamen Angelegenheiten zunimmt und der Ortsverbandsvorstand in seinen Arbeiten unterstützt wird am besten dadurch verhindert, daß im Ortsverbandsausschuss Unterausschüsse oder Kommissionen gebildet werden, die sich mit den Vorarbeiten von bestimmten Angelegenheiten, z. B. sozialpolitische Wahlen, Agitation, Arbeitsnachweis usw., befassen und dann dem Gesamtausschuss berichten, so daß dann die nächste Versammlung darüber beschließen kann. Ein besonderes Augenmerk verdient die Gründung neuer Ortsvereine. Hier wird am meisten gesündigt. Die Gewinnung neuer Berufe ist aber notwendig zur Entwicklung unserer Gewerksvereine. Das wird von der großen Mehrzahl der Ortsverbände nicht genügend beachtet. Gewöhnlich schreckt man vor der zu leistenden Arbeit zurück. Es ist allerdings nicht so einfach, eine Werbestätigkeit zur Gründung neuer Ortsvereine mit Erfolg zu betreiben, aber bei rastloser Arbeit und jäher Ausdauer gelingt es doch. Man muß nur wollen. Es muß da — wie es § 42 des Verbandsstatuts verlangt — zunächst eine Umfrage bei den Gewerksvereinsmitgliedern am Orte erfolgen, ob Angehörige dieser Mitglieder in der Holzindustrie beschäftigt sind. Das wird in den meisten Orten der Fall sein. Diese Angehörigen ruft man mal zu einer Besprechung zusammen, wenigstens soweit sie nicht schon organisiert sind, und versucht diese für den Gewerksverein zu gewinnen. Wenn es auf diese Weise nicht glückt, müssen Adressen von Holzarbeitern verschafft und Hausagitation betrieben werden. Wenn man ernstlich will, findet man auch einen Weg, selbst in der Kriegszeit. Und so wie es mit den Holzarbeitern liegt, ist es auch mit den anderen Gewerksvereinen. Wenn der Ortsverbandsvorstand den redlichen Willen zur Betätigung hat und es versteht, die Mitglieder zur Arbeit zu gewinnen, dann geht es auch vorwärts. Leider ist dies nur in wenigen

Fällen zu verzeichnen. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Die Mitglieder müssen selbst aufstehen, in den Ortsvereinen darauf drängen, daß der Ortsverband seinen Pflichten nachkommt. Nicht wenn bestellte Personen weichen müssen. Die Sache steht über allem, diese vorwärts zu bringen, dazu ist der Träger unserer Gesamtorganisation am Orte, der Ortsverband, verpflichtet. Jedes Mitglied hat aber die Verpflichtung, an diesem Ziele mitzuwirken.

### Tarifverhandlungen für das bayerische Sägewerbe.

Das kgl. bayerische Kriegsministerium, Kriegsamt hat unter Leitung des Herrn Hauptmann v. Prinz mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter dem 10. April 1917 eine Lohnvereinbarung für das bayerische Sägewerbe abgeschlossen. Nach dieser wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen in 6 Sparten eingeteilt und für jede Sparte 5 Lohnklassen gebildet in der die einzelnen Orte und Bezirksamter eingewiesen wurden. Am 2. und 3. Oktober 1917 fanden neue Verhandlungen statt, die zu einer Einigung über die Erhöhung der Löhne führten.

Die Mindestlöhne betragen deshalb vom 1. Okt. 1917 ab für die Lohnklasse I. II. III. IV. V.

Sparte	I.	II.	III.	IV.	V.
Sparte A. Gatter-, Bauholz-, Kreis- und Spaltfäher, Sägescharf- u. Maschinisten an Kraftmaschinen	90	80	75	70	65
Sparte B. Für alle übrigen Säger und Maschinenarbeiter	85	75	70	65	60
Sparte C. Für alle Hilfsarbeiter im Werk und auf dem Platze	80	70	65	60	55
Sparte D. Für Arbeiterinnen über 18 Jahre	55	50	45	45	40
Sparte E. Für Arbeiter von 16—18 Jahren	50	45	40	40	35
Sparte F. Für Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren	45	40	35	35	30

Anfang Februar dieses Jahres sollten weitere Tarifverhandlungen über dieses Lohnabkommen stattfinden. Die erste fand am 5. Februar statt, wo folgende Arbeiterforderungen zur Beratung standen: Eine allgemeine Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Pfg., Abschaffung der 5. Lohnklasse, Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit je nach der Ortsklasse auf 56, 57, 58 und 59 Stunden, Vergütung der Ueberarbeit mit 15 Pfg. Zuschlag die Stunde und Verlängerung des Vertrags um 1 Jahr. Die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie mit ihren



### Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Holzarbeiter des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

#### Ritter des Eisernen Kreuzes.

Jakob Mühleisen, Mitglied im Ortsverein U l m, erhielt zum Eisernen Kreuz nun auch noch die Würdt. silberne Verdienstmedaille.

Obergefreiter H. Sch e u n i n g, Mitglied im Ortsverein Th o r n, erhielt das Eisene Kreuz 2. Klasse.



### Die Eigenschaften des Holzes.

Von Th. W e s l f -Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

VII.

Gutes Holz soll folgende Eigenschaften und Kennzeichen haben: Es soll jährliche Jahresringe ausweisen, weil Holz dieser Art langsamer gewachsen ist, als solches mit breiten Ringen, und daher erheblich mehr festes Holz, sogenanntes Winterholz, enthält, auch mehr Festigkeit und Ausdauer besitzt. Das gilt besonders vom Tannenholz, das überdies möglichst wenig harzig sein soll, da das Harz an der Sonne oft ausläuft, wodurch Farbe und Fäktur zerstört, zum mindesten sehr geschädigt werden, auch läßt sich solches Holz schlecht leimen. Das Holz des Tischlers, Pianofortefabrikanten und ähnlicher Gewerbe soll möglichst glatt gewachsen sein, da bei gewundenem oder krumm gewachsenem Holze die Platten schiefe werden und die eigentliche Zeichnung des Holzes verloren geht. Das Holz soll nicht zu jung sein, und wenn man bei einer Holzsorte zwischen jüngerem und älterem Holz wählen kann, ist letzteres vorzuziehen, es immer feiner und härter und auch dem Schwinden und Fügen weniger ausgesetzt ist wie dieses. Beim Einkauf von Eichenholz muß man möglichst festes von etwa 0,7 bis 1 Meter starken Stämmen zu bekommen, da der Baum in dieser Entwicklung das für die Verwendung und Verarbeitung beste Holz liefert. Kienholz ist unter allen Umständen das beste Holz und hat sonst gleichen Bedingungen dem Splintholz stets vorzuziehen.

Der Holzerwerb ist freilich ein schwieriges Geschäft und erfordert viel Geschick und Erfahrung, wenn man nicht einen gefährlichen Schaden erleiden will, weil das gefaule Holz sich hinterher oft als wertlos oder gar als angefault oder sonstwie minderwertig erweist. Besonders wenn das Holz im Stamm gekauft wird, kann man unter Umständen böse Erfahrungen machen, die aber durchaus nicht stets auf böse Absicht des Holzverkäufers zurückzuführen sind, da man es dem Holz oftmals sein besten Willen nicht ansehen kann, wie es innen beschaffen sein wird. Vertrieben kann auch das Gegenteil eintreten und man unter Umständen einen vermeintlich sehr minderwertigen Stamm zu einem niedrigen Preise einkaufen, der sich hinterher als ein sehr wertvolles Holz erweist. Hierüber berichtet Herr H. Kostmeier ein hübsches Geschichtchen, das den Vor-

zug hat, wahr zu sein. War das in einem Dorfe in Westfalen an einem Abhange aus forstlichen Gründen eine alte und überaus knorrige Eiche gefällt worden. Da sich für den knorrigen Stamm, der allem Anschein nach nur ein minderwertiges Holz liefern würde und außerdem bei der Verarbeitung enorme Schwierigkeiten machen mußte, kein Käufer fand, so wurde er als Brennholz bestimmt und den Forstarbeitern der Auftrag gegeben, den Stamm zu zerlegen. Die Arbeiter weigerten sich aber, dem Auftrag nachzukommen, da sie fürchteten, an dem knorrigen Riesen ihre Werkzeuge zu ruinieren. So blieb der Stamm mehrere Jahre liegen und konnte trotz vielfachen Angebotes und trotz des ganz niedrigen Preises keinen Liebhaber finden. Bei einer Auktion sah sich aber der Dorfschlichter den Stamm einmal an; er glaubte das Stammungestüm vielleicht noch zu Ambosstöcken verwenden zu können, und die Forstverwaltung, die froh war, für den Stamm, den sie so lange auf dem Halbe gehabt hatte, überhaupt noch etwas herauszuschlagen, ließ ihm das Stück zu einem Spottpreise. Der Meister lud den Stamm also auf, um ihn nach Hause zu fahren. Auf der Fahrt aber überlegte er sich die Sache und brachte den Stamm nach der Sägemühle, um ihn aufschneiden zu lassen. Und dabei erlebte er eine riesengroße Ueberraschung, denn im Innern des Stammes wurde ein idealer Journierblock gefunden, mit den schönsten Adern und Flammen und ohne jedes Loch, geradezu eine kostbare Seltenheit. Selbstverständlich ließ er den ganzen Stamm nunmehr zu Journieren zerhacken und kam so in den Besitz eines wahren Schatzes von bestem Journierholz. Nicht nur hatte er für seinen eigenen Bedarf an Journierholz auf viele Jahre hindurch genug, sondern konnte auch noch einen großen Posten an eine Möbelfabrik in der Stadt zu hohen Preisen verkaufen und machte so das glänzendste Geschäft seines Lebens. Der Kauf des Stammes war für den Meister gerade so gut als wenn er in der Lotterie gewonnen hätte, und wurde für ihn der Grundstock eines hübschen Vermögens.

#### Die Holzherzeugung und Transport.

Die unerschöpfliche Quelle des Holzreichtums sind unsere Wälder, die angesichts der ungeheuren technischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Holzes für ausnahmslos alle Völker und Länder mit zu den wichtigsten und wertvollsten Naturgütern der Menschheit gehören. Von allen Erdteilen ist Europa der am reichsten bewaldete, etwa 33 Prozent, also rund

Auftraggebern Rücksprache nehmen müßten, weshalb sie Vertagung beantragten. Die dem Antrage wurde stattgegeben und so wurden die Verhandlungen vertagt bis zum 11. März.

Die Arbeiter in Sägewerken tun gut, wenn sie sich selbst der Organisation anschließen. Solange die Arbeiter sich nicht organisieren, werden sie den Schäden davon haben. Jeder sieht, wie falsch es ist, seine Beiträge zur Organisation sparen zu wollen. Nur die Organisation ist in der Lage, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen und nur wenn die Arbeiter stets treu zu derselben halten, können sie verhindern, daß man die vereinbarten Löhne herunterbricht.

### Holzbeschaffung und Möbelfrage.

In der Sitzung des Gesamtvorstandes des Arbeitgeber-Schlichterverbandes für das deutsche Sägewerbe, welche am 2. Febr. in Halle a. S. stattfand, wurde diese wichtige Frage von dem Vorsitzenden Abg. K o n i e h n n behandelt, der nach der „Nachkeltung“ folgendes darüber ausführte:

Nach der Demobilisierung werden die Raubbeschränkungen nicht ganz aufgehoben werden können. Es werden zunächst Läden ausgeführt werden, die im allgemeinen Interesse liegen. Die Bauprüfungstellen werden auch in der Uebergangszeit die hierzu notwendigen Zerstörungen erleiden. Falls der Krieg im Jahre 1918 zu Ende gehen sollte, dürfte auch für die Winter 1918/19, wie 1917/18 die Rationierung des Kohlenverbrauches notwendig sein.

Die Preise für die Rohmaterialien sind durch all diese Maßnahmen ins Ungemessene gestiegen, beispielsweise:

Zement	von 300 auf 700 Mk. plus der Zuschläge
Eisen	„ 350 „ 500 „
Ziegel	„ 30 „ 70 „
Weichhölzer	„ 60 „ 240 „

Für unser Gewerbe ist die Preisgestaltung des Holzes von besonderem Interesse. Die Preise müssen eine Regelung erfahren, und zwar eine Senkung. Diese Preisentwertung liegt im Interesse des Holzgewerbes und der Verbraucher. Auf dem Wege des freien Wettbewerbs wird dies nicht möglich sein.

Die Befestigung der vorhandenen Möbelnot liegt im Interesse der Allgemeinheit. Der Deutsche Städtetag widmete dieser Frage keine besondere Aufmerksamkeit. Städte wie Frankfurt a. M., Köln, Berlin, Magdeburg u. a. haben schon projekt und dieser Richtung gearbeitet. Bei der Möbelversorgung kommen für das Deutsche Reich 250 000 Kriegsgewerke in Frage, wovon auf das Königreich Bayern 20 000 entfallen. Dazu kommen noch die Bedürfnisse für den Kleinwohnungsbaue der Kleinwohnungsbaue und die Möbelnot können nur gelöst werden, wenn das hierfür notwendige Holz zu angemessenen Preisen bereitgestellt wird. Im Jahre 1918 belief sich der Zuschlag im Deutschen Reich auf 28,7 Mill. bzw. die Einfuhr aus dem Auslande auf 15,0 Mill. bzw.

Als Einfuhrländer kommen in Betracht Oesterreich Ungarn (Galizien und Bukowina), Rußland (Kobolien und Wolhynien) und Schweden. Nach dem Krieg wird Oesterreich Ungarn für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, ebenso auch Rußland so große Holzengen benötigen, daß die Einfuhr nach Deutschland stark herabstimmt wird. Das Holzarme Italien wird aus handelspolitischen Gründen von Oesterreich-Ungarn mit Holz beliefert werden. Zudem hat sich in Oesterreich-Ungarn eine Holzindustrialsbildung unter Beteiligung der Großbanken vollzogen. Oesterreich-Ungarn verfügt jetzt schon, denn es kann die vertragliche Lieferung von 90 000 cbm Rundholz an die sächsischen Sägewerke nicht erfüllen. Schweden dürfte nach dem Kriege von England stark bevorzugt werden. Nach allem ist die Holzlieferung recht fraglich geworden. Dazu kommt, daß nach dem Kriege Deutschland großen Holzbedarf zum Wiederaufbau unserer Handelsflotte und für den Eisenbahnenbau haben wird. Im Etat 1918 werden für Neuanwerbungen der preussischen Eisenbahnverwaltung 1 1/2 Milliarden Mark erforderlich. Ist nun angesichts dieses Bedarfs eine angemessene Preisgestaltung möglich?

In Deutschland selbst ist insofern in dem Forsten Raubbau getrieben worden, als durch den besonderen Kriegsbedarf be-

ein Drittel des europäischen Erdteils, ist von Wald bedeckt, und die Gesamtgröße der europäischen Wälder beträgt rund 340 Millionen Hektar. Weit über die Hälfte dieser Waldungen entfällt auf Rußland, das allein 223 Millionen Hektar Wald besitzt, der ziemlich 40 Prozent der gesamten Landfläche des Russenreiches einnimmt. Auch Deutschland hat noch einen sehr ansehnlichen Waldbestand, wenn dieser auch gegen das russische Waldgebiet nur verschwindend klein ist; etwa 14 Millionen Hektar Wald besitzt Deutschland, der hier rund ein Viertel der gesamten Landfläche einnimmt, wobei allerdings die verschiedenen Teile des Landes sehr verschieden bewaldet sind. So sind in Preußen 23 Prozent, im Oldenburg nur 9 Prozent der Landfläche mit Wald bedeckt, während Schwarzburg-Rudolstadt mit 44 Prozent das am stärksten bewaldete Gebiet Deutschlands ist. Oesterreich hat etwa 10 Millionen, Ungarn ungefähr 9 Millionen Hektar Wald, und ungefähr ebenso groß ist auch der Waldbestand Frankreichs und Spaniens. Die Bewaldungsziffer, d. h. der Prozentsatz der Landesfläche, der mit Wald bedeckt ist, ist am größten in Schweden, Finnland und Bosnien und schwankt hier zwischen 40 bis 60 Prozent. In allen europäischen Waldungen sind die Nadelbäume bei weitem vorherrschend, die beispielsweise in Deutschland allein zwei Drittel des gesamten Waldbestandes ausmachen. Nur in den Wäldern des südlichen Deutschland herrscht das Laubholz vor. Im Durchschnitt gerechnet ist der Prozentsatz der wichtigsten Holzarten im deutschen Waldbestande folgender:

Kiefer	42 %
Fichte und Tanne	22 „
Buche	15 „
Eiche	5 „
Anderer Holzarten wie Ahorn, Ulme, Lärche, Erle usw. zusammen	16 „

Der gesamte Waldbestand Deutschlands repräsentiert eine Holzmenge von etwa 2 bis 2 1/2 Milliarden Kubikmeter, wovon jährlich etwa 50 Millionen Kubikmeter nutzbar gemacht werden, so daß der deutsche Waldbestand etwa in 40 bis 50 Jahren erschöpft wäre, wenn nicht durch geeignete Wald- und Forstwirtschaft dafür Sorge getragen würde, daß jährlich immer ungefähr so viel Holz nachwächst, wie dem Walde entnommen wird, so daß niemals kaum eine Erschöpfung der deutschen Waldungen zu befürchten ist.

(Fortsetzung folgt.)

stimmte Qualitäten überaus stark beansprucht worden sind. Ebenso war man genötigt, durch den Mangel an Gespannen und Arbeitskräften von den planmäßigen Samungsplänen abzuweichen.

Die Frage der Holzbeschaffung und die Preisgestaltung wurde bereits im Vieldzwecksausschuss erörtert. Nach Angaben der Forstverwaltung sind die Preise für Rundholz im Walde gegen die Friedenspreise um 100 pCt. gestiegen. Die Preise für Schnittmaterial sind um 350 bis 500 pCt. höher geworden. Die Darlegungen des Vertreters für den Holzhandel endeten darin, daß die hohen Holzpreise da sind und sich die Käufer damit abfinden müssen. Die Holznot wäre hier und überall. Bei dem diesjährigen Einschnitt wäre wieder mit höheren Preisen wie 1917 zu rechnen.

Wir müssen an der Standpunkt festhalten, daß das Holz für Möbel einer langfristigen Lagerung bedarf. Der Aufschlag, daß in Friedenszeiten bezüglich der Trockenheit des Holzes zu große Ansprüche gestellt worden sind, muß entschieden entgegengetreten werden.

Nach diesen Darlegungen ist wenig Aussicht vorhanden, daß durch den Holzhandel der überaus hohen Preise entgegengetreten werden könnte, obwohl nach den Geschäftsergebnissen der Holzhandel während des Krieges recht hohe Gewinne erzielt hat. Wir müssen bemüht bleiben, mit der preussischen Forstverwaltung ein Abkommen zu treffen, welches eine Preisförmung bewirken kann. Dies könnte regulierend auf dem ganzen Holzmarkt wirken, was nur so leichter wäre, als die in Staatsforsten gezahlten Preise für Rundholz die Grundlage für Preise geben, welche sich die Privat- und anderen Forsten zahlen lassen. Zu berücksichtigen wäre hierbei auch, daß die preussischen Staatsforsten ca. 50 pCt. der vorhandenen Wälder darstellen. Die Forstverwaltung kann von ihren gegenwärtigen Beständen ca. 100 000 abgeben. Unter diesen 100 000 abzugeben dürfte sich auch ein erheblicher Teil befinden, welcher für Möbelherstellung in Frage kommt.

Unser Forderung muß sein, Vereinfachung des Holzes durch die Forstverwaltung und Freigabe des von der Forstverwaltung nicht benötigten Holzes, welches zu Nichtpreisen, die sich unter den Marktpreisen bewegen müssen. Der Weg, den seinerzeit der Deutsche Städtebund zur Beschaffung von Brennholz beschritten hat, darf nicht begangen werden, dadurch ist das Holz nur noch mehr verteuert worden. Für gemeinnützige Zwecke müssen angemessene Holzpreise von der Forstverwaltung gefordert werden. Eine Auflage der Forstverwaltung nach dieser Richtung liegt bereits vor, nämlich, daß die Produktionskosten der Sägewerke nachgeprüft werden sollen und daß jeder Konjunkturgewinn und jede Spekulation ausgeschlossen ist.

Die Erörterung wendete sich dann zu der Möbelfrage. Es handelt sich nur die Möbelbeschaffung für heimkehrende Kriegsteilnehmer und sonstige Interessenten. Der Vorsitzende berichtete hierüber, daß eine Anzahl Kommunen der Möbelbeschaffung nähergetreten seien; mit dem Möbel sei jedoch der entstehende Bedarf nicht im geringsten zu decken; es müßte Vorkehrung getroffen werden, daß bei dem eintretenden gewaltigen Bedarf neue Möbel in genügender Menge zur Verfügung ständen. Die Rohstoffgenossenschaften oder sonstige Handwerksorganisationen könnten die Erzeuger der Möbel sein; empfehlenswert dürfte es sein, die Gemeinden dafür zu interessieren, daß sie sich gelblich an diesem Unternehmen beteiligen, denn es kann den Handwerker nicht zugemutet werden, daß sie sich mit Abzahlungsgeheimnissen befassen.

Der Vorstand beschließt, daß allen Bezirksverbänden dringend empfohlen wird, der Herstellung von Kriegsmöbeln nahe zu treten, sich alsbald mit den einzelnen Kommunen in Verbindung zu setzen und die Angelegenheit scharfsinnig zu fördern.

## Verhältnismäßigkeit und Wahlordnung.

### Ein Vorschlag.

Die Reichsversicherungsordnung hat uns die obligatorische Einführung der Verhältnismäßigkeit zu den Organen der Versicherungsträger und zu den Versicherungsbehörden gebracht. Auch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst sieht für die nach § 11 des Gesetzes zu errichtenden Arbeiterausschüsse dasselbe Wahlverfahren vor. Werden Arbeitsstätten geschaffen, dann wird auch dort sicher das Verhältnismäßigkeitsverfahren zur Anwendung kommen. So erfreulich die stärkere Einführung dieses gerechten Wahlverfahrens ist, so notwendig erscheint es aber doch, auf einen Punkt der Musterwahlordnung hinzuweisen und um dessen Aenderung zu ersuchen. In dieser Wahlordnung heißt es teils wörtlich, teils fingenmäßig: „Für die Zuweisung der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Sitze an die gültig vorgeschlagenen Bewerber ist die Reihenfolge maßgebend, in der die Bewerber im Wahlvorschlag aufgeführt sind.“ Das ist richtig. Aber diese Regelung kann nachteilig wirken, wenn man diese ohne weiteres anwendet für das Einrüden von Ersatzleuten, wie es diese Wahlordnung vorseht. Es soll doch auch bei der Verhältnismäßigkeit nicht immer davon ausgegangen werden, daß ein Wahlkampf ausgetragen wird, sondern es ist doch auch wertvoll, wenn bei Aufstellung eines Wahlvorschlags eine Vertretung unter dem in Betracht kommenden Wählergruppen sich erzielen läßt. Dieses sollte man eher begünstigen, als erschweren. So wie es jetzt ist, kommt es in der Praxis leicht vor, daß eine Wählergruppe vollständig ausscheidet aus der Vertretung.

Zum Beispiel: Mehrere Gruppen stellen vor einer Wahl einen gemeinsamen Zettel auf. Jeder Teil ist zufrieden, denn jeder hat eine Vertretung erhalten. Gleich oder bald nach der Wahl scheidet jedoch durch Tod oder sonst einem Grunde ein Gewählter aus. Der nach der Reihenfolge nachrückende Ersatzmann aber gehört einer anderen Wählergruppe an, obwohl sie bei der eigentlichen Wahl ihre Gegenläufer zurückstellen, weil man sich auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag einigte. Durch den neu eingetragenen Ersatzmann aber ist die eine Gruppe verächtlich, die andere vielleicht völlig ausgeschaltet. Dies wirkt veräbernd. Dagegen können sich eine Wählergruppe nur dadurch, durch das Einreichen von einer eigenen, nicht gemeinsamen Liste vor der Wahl. Dadurch ist in allen Fällen aber ein Wahlkampf unausbleiblich. Dies kann nun vermieden werden, wenn man in der Wahlordnung der Wahlordnung über das Einrüden von Ersatzleuten folgenden Nachsatz einfügt:

„Der Wahlvorschlag kann für die Reihenfolge des Einrückens von Ersatzleuten besonderes bestimmen.“

Der Württembergische Krankenkassenverband hat in seinen Satzungen über Kassenverbände auf meinen Vorschlag hin,

# Rechnungs-Abschluß

der Zuschuß-Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse des Gewerks der Holzarbeiter Deutschlands für das Jahr 1917.

Einnahme	M		Ausgabe	M	
	1	2		1	2
An Kassenbestand vom Jahre 1916	3886	28	Per gezahlte Krankenunterstützung	26159	87
„ Eintrittsgelder	50	—	„ Begräbnisgelder	3656	—
„ Wochenbeiträgen	29144	85	„ Krankenkontrolle	288	95
„ Extrabeiträgen	782	90	„ Druckfachen und Utensilien	325	60
„ Verkaufte Wertpapiere	4918	—	„ Gehälter	2450	—
„ Zinsen von Kapitalien	2126	60	„ Entschädigung an die Hauptversoren	88	50
„ Ordnungsstrafen	10	20	„ Entschädigung an die örtlichen Vorstände	1531	46
			„ Krankentassenverband, Beiträge u. Abonn.	89	73
			„ Steuer an das Kaiserl. Aufsichtsamt	8	90
			„ gekaufte Wertpapiere	1960	—
			„ Depotkosten an die Reichsbank	27	60
			„ Verwaltungskosten i. d. Jahre 1916 u. 1916	1271	44
			<b>Rassenbestand:</b>	<b>3509</b>	<b>03</b>
<b>Summa:</b>	<b>40813</b>	<b>78</b>	<b>Summa:</b>	<b>40813</b>	<b>78</b>

## Vermögens-Ausweis.

	Reinwert		Ankaufswert		Kurswert	
	Mt.	Pfg.	Mt.	Pfg.	Mt.	Pfg.
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe	56800	—	56718	80	48861	70
5 % „	2000	—	1960	—	1960	—
Bankkonti und Kassenbestand	3509	03	3509	03	3509	03
<b>Summa:</b>	<b>61809</b>	<b>03</b>	<b>62207</b>	<b>83</b>	<b>53830</b>	<b>73</b>

Mitgliederzahl 1622

Berlin, den 31. Dezember 1917.

W. Zietke, Hauptkassierer.

H. Feit, Fr. Thunack, Hauptversoren.

diesem Satz eingefügt, und dadurch können auf leichte Weise Nachteile für irgend eine Wählergruppe vermieden werden. Jede aber hat ein Interesse daran, daß dies geschieht, denn keine kann wissen, ob dieses jetzige Verfahren nicht eines Tages auch sie treffen kann. Darum sollte man allgemein diese Anregung berücksichtigen, besonders je mehr man das Verhältniswahlrecht einführt.

## Verdienstverfassung und Zusammenstellung.

Bei dem mehrfachen Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen der Arbeiter auf Lohn- und Arbeitsverbesserung werden in den meisten Fällen durch die Arbeiterausschüsse dann vor den Schlichtungsausschüssen die bestehenden Streitigkeiten verhandelt. Die Erfahrungen bei diesen Verhandlungen zeigen, wie die Arbeiter durch geschickte Gruppierung und Aufstellung ihrer Lohnbelege, durch Einrechnung von Teuerungszulagen, Kinder- und sonstigen Zulagen möglichst für die Arbeiterauschüsse günstige Lohnverhältnisse herausrechnen.

Nicht nur die Arbeiter selbst, sondern auch die Arbeiterausschüsse haben gegen diese schriftlich vorliegenden Zahlen einen schweren Stand. Die Nachprüfung bei den Verhandlungen kann meistens nicht geschehen. Ebenso nicht die Anzahl der für den angegebenen Arbeitsverdienst geleisteten Arbeitsstunden, Sonntagsarbeit usw.

Ist auch die Nachprüfung der Lohnangaben bei kleinen Betrieben verhältnismäßig noch leicht, so wird sie bei größeren Betrieben sehr erschwert, sogar auch unmöglich gemacht, wo es sich um hunderte und noch mehr Arbeitern von Betriebsabteilungen handelt, die dann abwechselnd in Stunden-, Tagelohn- und Akkord beschäftigt werden. Noch schwieriger wird das Bild, wenn dann noch Ueber- und Sonntagsarbeiten von Teilen der Arbeiter der Betriebsabteilung geleistet werden müssen.

Einige bei den Verhandlungen des Arbeiterauschusses mit der Werkleitung von letzterer anscheinend willkürlich herausgegriffene hohe Verdienste können nicht vom Ausschuss auf die geleisteten Arbeitsstunden und besonders günstigen Umständen dieser Verdienste nachgeprüft werden, da vielfach genaue und einwandfreie Unterlagen, Feststellungen und Aufstellungen nicht zur Hand sind. Die Folgeerscheinungen sind dann beim Arbeiterauschuss, daß die bestehend wirkenden Lohnangaben einzelner aus der Gesamtheit herausgerissener Arbeiter den Anschein erwecken, daß die Verdienstlage der Arbeiter nicht ganz so, wie von den Arbeitern geschilbert, ist.

Das dann aus den Verhandlungen herausgekommene Ergebnis ist für die Gesamtarbeiterschaft nicht befriedigend und man ist dann zu leicht geneigt, dem Arbeiterauschuss Vorwürfe zu machen. Die Arbeitsfreudigkeit zur Vertretung von Verhandlungen für die Arbeiter wird hierdurch nicht gerade gefördert. Kommt es dann zu Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss, wird für die Arbeiter das Ergebnis des Schlichtungsspruches von der Beweisführung und Nachweisung über die Verdienstverhältnisse der Arbeiter abhängen.

Nach den jetzt geschaffenen Verhandlungsinstanzen, Arbeiterauschuss und Schlichtungsausschuss, muß mehr als es bisher geschehen, Wert auf die Erfassung der Lohn- und Akkordverdienste, der Arbeitszeit, der Arbeitsmethoden und des Friedens- und Kriegsmaterials gelegt werden. Auch bei Verhandlung der Organisation mit dem Unternehmer oder Arbeitgeber trifft dies zu.

Nicht nur gruppenweise, sondern möglichst persönliches Erfassen der Verdienste der Einzelnen müssen als Unterlagen bei Lohnforderungen und deren Verhandlungen dienen, um Schwierigkeiten zu verhindern. Die Erfassung der Verhältnisse kann nur durch auf den Betrieb und die Forderung zugeschnittenen Fragebogen erfolgen. Diese gewissenhaft und mit Sorgfalt ausgeführt, schaffen beweiskräftige und kaum widerlegbare Unterlagen für die Verhandlungsinstanzen.

Die Beschaffung dieser Unterlagen ist nicht leicht. Sticht

dieselbe doch bei einer großen Anzahl Arbeiter auf lebhaften Widerstand. Die vielfach falsche Scham, seine Verdienstverhältnisse offen zu legen, die doch dem Arbeiterauschuss oder dem Schlichtungsausschuss durch die Werkleitung bekannt werden, muß fallen. Die jetzigen Verhandlungsinstanzen erfordern eine andere Lohnpolitik und tatsächliche Verdienstunterlagen. Zur Durchführung von Ansprüchen genügen nicht nur Akkensarten und Aufzeichnungen von einzelnen Fällen, sondern lückenlose Beweise. Diese durch Erfragung und Beantwortung in die Erscheinung tretende Gesamtlage der Arbeiterschaft des Werkes oder der Betriebsabteilung ergibt ein lückenloses Bild der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, auf die eine gesunde und vernünftige Lohnpolitik aufgebaut werden kann.

Jeder Arbeiter muß zu seinem Teil selbst dazu beitragen, an der Durchführung der gestellten Forderungen, das er seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Ausfüllung der verlangten Auskünfte klarlegt. Die Fragebogen, keine neue Einrichtung der Arbeiterorganisation, müssen ihrem Wert nach von den Arbeitern mehr erkannt werden. Es ist keine Willkür oder Bangweile der Organisation, wenn die Ausfüllung der Fragebogen und die Klarstellung der Verdienstverhältnisse verlangt wird.

Die Zusammenstellung macht den Organisationsvertretern ungeheure Arbeit, besonders in der jetzigen Zeit, sie erleichtert aber die Verhandlungen und Durchsetzung berechtigter Ansprüche und schützt vor Enttäuschungen über unbefriedigende Verhandlungsergebnisse, schafft aber ein einwandfreies Beweismaterial der Arbeiterschaft über die gerade bejammernswerten Klagen der Arbeitgeber über die „ungebunde“ Höhe der Arbeitslöhne. Die Erfassung und hierdurch bedingte Zusammenstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind ein unentbehrliches Rüstzeug der Organisation zur Vertretung der Arbeiterinteressen.

Andere Zeitverhältnisse bedingen andere Methoden, statt roher Kraft muß die Macht der Ueberzeugung und des Beweises treten. Eine der besten Mitarbeit an dem Aufstieg der Arbeiterschaft innerhalb der Organisation ist der zahlenmäßige Nachweis über seine Lohnverhältnisse, die Erfüllung dieser Notwendigkeit sichert erfolgreiche Vertretung in den Verhandlungswegen. Unsere Kollegen mögen daher über die Erfassung ihrer Verdienstverhältnisse und die Zweckmäßigkeit derartigen Zusammenstellungen zu dieser Ergebnisse zu ihrer Interessenvertretung die erforderliche Aufklärung schaffen und dieser größere Beachtung entgegenbringen. (Regulator.)

## Der Arbeitsmarkt im Dezember 1917.

Für den letzten Monat des Jahres 1917 ist die gleiche starke Beschäftigung der Hauptindustrien wie in den vorhergehenden Monaten des Wirtschaftsjahres 1917 festzustellen. Im Vergleich zum Dezember 1916 werden verschiedentlich Steigerungen der Leistungen gemeldet.

Die Säge- und Hobelwerke und die Kistenfabriken melden im Dezember ausreichende Beschäftigung und stellen gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang fest.

Wagenbauanstalten hatten einen weniger guten Geschäftsgang als im Vormonat und im Vorjahr zu verzeichnen.

Gleich rege Nachfrage wie bisher herrschte in der Maschinenindustrie. Eine Veränderung in der Geschäftslage ergab sich nicht.

Sehr gut zu tun hatten die Fabrikanten, die eine Steigerung ihrer Tätigkeit im Vergleich zum Vorjahr feststellen konnten.

Die Lage der Rohwarenindustrie stellte sich im Monat Dezember teilweise erheblich besser als im November. Es konnte gegenüber dem gleichem Monat des Vorjahres fast der doppelte Umsatz erzielt werden. An weiblichen Arbeitskräften war noch reichliches Angebot zu verzeichnen. Besondere

Lohnerböhrungen fanden — nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes — nicht statt.

Aus der Wirtschaftslage lauten die Berichte günstig. Gegenüber dem Vormonat wie gegenüber dem Vorjahr ergaben sich keine besonderen Veränderungen.

Die Schiffsfabriken können eine teilweise sehr günstige Partizipation ihrer Geschäftstätigkeit im Dezember geben. Hier war das Weihnachtsgeschäft von günstigem Einfluß. Der Umsatz war größer als im November. Die Lage gegenüber dem Dezember 1916 die gleiche.

Unter 98 406 Mitgliedern, für die berichtet wurde, wurden von 4 Verbänden des Holzgewerbes im Berichtsmonat an Arbeitslosen 820 oder 0,8 v. H. gegenüber 0,5 im Vormonat und 1,0 v. H. im Vorjahr festgestellt.

Die Nachweissachen für das Reichsarbeitsblatt berichtenden Arbeitsnachweise ergaben, daß auf 100 offene Stellen im Holzgewerbe an Arbeitsgesuchen entfielen:

	männliche		weibliche	
	1916	1917	1916	1917
im Oktober	56	48	114	86
im November	50	49	109	120
im Dezember	53	48	90	128

### Wochenbau.

8. bis 16. Februar.

Die beiden letzten Berichtswochen haben auf den Schlachtfeldern keine nennenswerten Ereignisse gebracht. Nur die Gräueltatsachen von beiden Seiten wurden häufiger und führten zu heftigen Vortruppentkämpfen, die Stellenweise den Charakter kleiner Teilgefechte annahmen. Natürlich waren auch die beiderseitigen Artillerien kräftig daran beteiligt.

Friede in der Ukraine. Beendigung des Kriegszustandes mit Großrussland. Strategische Zwangslage Rumaniens, was in kurzen Worten das Ergebnis der letzten zwei Kriegswochen im Osten.

Der 9. Februar ist ein deutlicher Tag in der Geschichte des Weltkrieges 1914/18. Um 2 Uhr früh ist der Friedensschluß zwischen dem Reich und der ukrainischen Volksrepublik unterzeichnet worden. Es hat sich damit gezeigt, daß die, wo ihrerseits die Willen zum Frieden vorhanden, ein rascher Friedensschluß zustande kommen kann. Der Friedensvertrag mit der Ukraine umschließt alle die Bestimmungen sorgfältig festgelegt, die uns sofort die Aufnahme des Verkehrs mit der Ukraine ermöglicht.

Der Friedensschluß mit der Ukraine brachte die Bolschewiki in eine schwierige Lage. Trotzki hatte nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen seine Verschleppungstaktik wieder aufgenommen. Wir führen keinen Krieg und schließen keinen Frieden, so lautet das Programm der Bolschewiki. Jedoch die schmutzige und entschiedenere Sprache Kuhlmanns und Zernins zeigte, daß die Mittelmächte nicht länger gelassen werden, in West-Petersburg ein zweifaches Redetournee abzuhalten.

Selbstsam und neuartig wie alle Maßnahmen der Bolschewiki, war nun auch die neueste Tat Trotzki's. Er erklärte in der Sitzung vom 10. Februar den Kriegszustand mit den Mittelmächten für beendet und ordnete die Demobilisierung der russischen Armee an. Damit haben die Verhandlungen von West-Petersburg eine Ende gefunden, die ihnen gewiß kein Seher und Prophet vorausgesagt hätte. Ehe es zum Biegen oder Brechen kam, erklärte Trotzki unter Verzicht auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrages den Kriegszustand für beendet. Mit dieser Erklärung hat Trotzki einen leidlichen Ausweg aus einer unhaltbaren Lage gefunden.

Welche Bedeutung der neue Zustand im Osten militärisch und politisch für die Mittelmächte hat, bleibt noch abzuwarten. Eine amtliche deutsche Mitteilung, die kurz vor Abschluß dieses Berichtes ergab, erklärt den am 12. Dezember abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag am 17. Februar für beendet und behält sich freie Hand nach jeder Richtung vor.

Zugleich hat die deutsche Kommission, sowie die Kommissionen der verbündeten Mächte Petersburg verlassen. Damit ist im Osten eine neue Lage geschaffen, die leider zu jeder Stunde den Kriegszustand wieder ausleben läßt.

Die Petersburger Gewalttaten treiben ihr Spiel um ihren Kopf, wenn sie dem friedensbedürftigen russischen Volke noch einmal zumuten, Kanonenfutter für die Entente zu sein.

Im Innern Rußlands geht der Kampf weiter. Gegen die Ukraine bieten die Bolschewiki alle Macht auf, um dem Fried-

densvertrag illusorisch zu machen. In Finnland herrscht die rote Garde der Bolschewiki und hat die finnische Bevölkerung unter dieser Gewalttätigkeit sehr zu leiden.

Der Friedensschluß mit der Ukraine hat die Bevölkerung Kongresspolens, sowie die österreichischen Polen in helle Aufregung versetzt, die sich in erster Linie gegen Oesterreich richtet. Der Grund liegt in der Zuteilung des Cholmer Landes zur Ukraine, das die Polen für sich beanspruchen. Ob die Polen besonderen Grund haben, in Aufregung zu geraten, ist eine andere Frage. Ihre Befreiung vom russischen Joch verdanken sie ausschließlich den Zentralmächten, wobei die Polen selbst keine Hand angerührt.

Die Lage Rumaniens ist zu einer strategischen Zwangslage geworden. Das dortige Ministerium hat denn auch die Konsequenzen daraus gezogen und ist zurückgetreten. Ob das neue Kabinett mehr friedensliebend ist, dürfte sich bald zeigen.

Von unseren westlichen Gegnern liegen wieder besondere Ereignisse vor. Sowohl Wilson wie auch der englische Premierminister Lloyd George haben Stellung zu den Reden des Reichskanzlers Grafen Hertling und des Grafen Czernin genommen. Während die neue Botschaft Wilsons der Hoffnung Raum gibt, daß es den Bemühungen der Verständigen gelingen möge, dem aus tausend Wunden blutenden Europa die bevorstehenden neuen Opfer zu ersparen, erklärt die Rede Lloyd Georges diese Hoffnung im Reim.

Man mag die Antwort Lloyd Georges betrachten von welcher Seite man will, sie ist eine direkte Ablehnung jedes Verständigungsversuches. Die englische Regierung bleibt nach wie vor bei ihren Kriegszielen.

Aber auch Wilson verfolgt scheinbar nur den Zweck, die Welt unter die englisch-amerikanische Herrschaft zu bringen. Auch eine italienische Ministerrede lautet, daß man den Krieg mit allen Kräften fortsetzen müsse.

Damit hat sich wieder einmal klar herausgestellt, wer den Frieden will und wer ihn nicht will. Für das deutsche Volk ergeben sich daraus neue Maßnahmen, zumal der in Versailles tagende Kriegsrat der Alliierten die Fortsetzung des Krieges mit vermehrter Energie beschloffen hat.

Die letzte Kraftanstrengung bleibt damit dem deutschen Volke nicht erspart und es ist erfreulich, daß die politische Streikbewegung ihren Abschluß gefunden hat und dem Vaterlande die gesamte Volkskraft wieder dient.

Die Reden und Beschlüsse unserer westlichen Gegner fielen in die Zeit der deutschen Streikbewegung, welche damit sicher den Kriegswillen unserer Gegner gestärkt und in seinen Entschlüssen wesentlich beeinflusst hat. Der einzige Erfolg der ganzen Streikbewegung dürfte die unmerkliche Annäherung zwischen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen Sozialdemokratie sein.

### Rundschau.

#### Hermann Nicht sen. Berlin †.

Ein alter Führer des Handwerkerstandes Hermann Nicht, sen., Berlin, ist am Dienstag, den 5. Febr. zu Grabe getragen worden. Als Vorsitzender des Innungsverbandes „Bund deutscher Tischler-Innungen“, als Ehrenobermeister der Berliner Tischler-Innung, als Vorstandsmitglied der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft usw. war er unermüdet tätig, die Interessen seines Standes zu vertreten. Nun ruht er aus nach einem arbeitsreichen Leben.

#### Die Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten.

Die zunächst für die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 in Aussicht genommen worden sind, werden voraussichtlich auch weiter gewährt werden, da die Teuerung, die der Anlaß für die Gewährung dieser Zulagen ist, aller Voraussicht nach auch nach dem 31. Dezember 1918 nicht behoben sein dürfte. Es besteht demgemäß die Absicht, im Wege der Gesetzgebung eine Weiterzahlung der Zulagen über den 31. Dezember 1918 hinaus herbeizuführen.

#### Solzverteilungsstelle für Fußbekleidung.

In Berlin ist dieser Tage unter Beteiligung der bundesstaatlichen Regierungen, des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie, der Erbschuhlengegesellschaft m. b. H. und Angehöriger der Schuhindustrie, der Holzbearbeitungsindustrie und des Holzgroßhandels eine Solzverteilungsstelle für Fußbe-

kleidung, e. G. m. b. H., gegründet worden. Die neue Solzverteilungsstelle hat den Zweck, Holz, das ihr von den einzelnen Bundesstaaten zur Verfügung gestellt wird, den beteiligten Industrien zur Herstellung von Gegenständen der Fußbekleidung zur Verfügung zu stellen. Die Genossenschaft ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Gewinn nach Deduktion der Einlagen und einer Verzinsung von fünf Prozent der Einlagen der Genossen an das Deutsche Reich fließt.

### Aus den Ortsvereinen.

Göppingen. Am Sonntag, den 10. Febr. tagte hier der Ausschluß des Landesverbandes der deutschen Gewerkschaften Württembergs. In der von Vertretern der Ortsverbände und Ortsvereine besuchten Sitzung standen eine Reihe von organisatorischen und agitatorischen Fragen zur Tagesordnung. Der Bericht zur Kriegerheimstättenbewegung wurde gutgeheißen und zur Eingabe des Verbandes Württ. Industrieller betr. Reform der württ. Ersten Kammer folgende Entschliessung gefaßt:

Die Vertreter des Landesverbandes der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) in Württemberg, stehen auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß in Württemberg wie auch sonst, eine erste Kammer eine überflüssige und unnötige Körperschaft ist, deren Beseitigung sobald wie möglich erforderlich erscheint.

Solange dies nicht zu erreichen ist, stehen wir dem Antrag des Verbandes Württembergischer Industrieller zur Neugestaltung der 1. Kammer nicht ablehnend gegenüber, da dieses immerhin eine Verbesserung gegen den jetzigen Zustand bedeutet. Die überwiegende Zusammensetzung aus Herren des Adels entspricht in keiner Weise der jetzigen wirtschaftlichen Lage unseres Landes.

Wir müssen als Mindestmaß sofort verlangen, daß die erwerbstätigen Stände des Landes, vor allem auch die Arbeiterschaft den gebührenden Anteil an der gesetzgebenden Körperschaft der 1. Kammer erhalten.

Es ist eine Nichtbeachtung der Interessen der großen Mehrheit des Volkes, wenn Gewerbe, Handel und Industrie nur eine geringe, die größte Schicht des Volkes, die Arbeiterschaft, überhaupt keine Vertretung dort hat.

Die auf freier nationaler Boden stehende und in den deutschen Gewerkschaften organisierten Arbeiter wünschen daher, solange die 1. Kammer noch besteht, eine Vertretung der Arbeiter, die ihre Bedeutung im wirtschaftlichen und politischen Leben unseres Volkes entspricht, und sind dann auch mit einer entsprechenden Vertretung von Handel, Gewerbe und Industrie wie der Lehrerschaft, der öffentlichen, privaten Beamten und der freien Berufe einverstanden.

Bei der Neuordnung, die der Krieg zur unabwendbaren Notwendigkeit gemacht hat, muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß bei nächster Gelegenheit Vertrauensmänner der seither in der 1. Kammer gar nicht vertretenen Volksschichten zur politischen Mitwirkung an verantwortungsvoller Stelle herangezogen werden.

In diesem Sinne unterstützen wir die Anregung des Landesverbandes Württembergischer Industrieller in eine Besprechung aller Interessenten einzutreten und an dem Verfassungsverfahren eifrig mitzuarbeiten.

### Patentschau.

Mitgeteilt vom Patent-Büro Johannes Koch, Berlin NO. 18, Große Frankfurter Straße 59. — Auskünfte kostenlos.

#### Gebrauchsmuster:

RI. 34 i. 672 799: Gestell mit Schreibtafel für Kinder, gleichzeitig als Schreibpult dienend. A. Enay, Lausanne, Schweiz. Angemeldet am 20. 11. 17.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die große statistische Karte bei, um deren genaue Ausfüllung und pünktliche Einsendung dringend gebeten wird.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszahl ist der 8. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

## Anzeigen.

Für die Verantwortlichkeit für die Redaktion der Zeitung gegenüber nicht verantwortlich.

## Erfinderrecht

Handbuch, 296 Seiten, in Leinen gebd. 4.— Mark.

Es enthält die Patent-, Musterchutz- und Warenzeichen-Gesetze, bezügliche Erläuterungen, alle Bekanntmachungen und Verordnungen des Patentamts, die Einteilung der Warenklassen usw. usw.

Prospekt kostenfrei.

Friedrich Huth's Verlag, Charlottenburg 4, Kaiser Friedrich-Straße 52.

## Einheitliche Vereinsabzeichen.

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsabzeichen kosten das Stück 50 Pfg., Manschettenknöpfe das Paar 1 M., und werden dieselben — nach Einsendung des Bestrages an den Hauptkassierer Hülke — sofort den Vereinen zugestellt.

## Zur Agitation!

### Für jeden strebsamen Gewerkschafter

sind folgende Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Werbearbeit unentbehrlich:

**Tätigkeitsbericht für die Jahre 1913—1915,** erarbeitet vom Verbandskassierer Leonor Lewin.

**Die Frauenarbeit in und nach dem Kriege.**

a. In der Industrie. Von Gustav Hartmann.

b. In der Heimarbeit. Von Dr. Käthe Saebel.

**Was muß geschehen?**

Hinle für die Agitation. Von Alfred Gieseler-Duisburg.

Diese Zeitungen, für die Agitation außerordentlich wertvollen Schriften sind zum Preise von 10 Pfg. für das Stück vom Verbandsbureau zu beziehen.

Burg b. Magdeburg. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgesamt, beim Kassierer Wilhelm Oriskay, Holzstraße 2.

Bera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkschaftskollegen wird ausbezahlt bei H. Schneider, Glockenstraße 62.

Börsen (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgesamt, beim Kassierer Unglaube, Preußische Straße 39.

Bitterfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgesamt von 75 Pfg. beim Kassierer ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer O. Eppenbock, Hallischestraße 27.

Börsen (Ortsverband) gewährt durchreisenden arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsverbandskassierern und bei Verh. Kass. Münker, Wallische 23.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsverbandskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer J. Michael, Freiburgerstraße 11-13.

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 M. 1. — Unterstützung auf dem Arbeiter-Verein Nachen, Jülicher Str. 77.

Prestan (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsverbandskassierer Hermann Gensel, Neumarkt 26.

Sirhan (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgesamt von 75 Pfg. bei ihrem Ortsverbandskassierer.

Söbeln. Durchreisende erhalten in der Sendung „Der Heimat“ freies Nachmahl und Frühstück. Karten sind beim Kassierer Sena ei, Steigens Kohlenhandlung, Antonstraße, zu beziehen.

Zug in Böhmen. Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten ein Ortsverbandsgesamt von 75 Pfg. beim Kassierer des Ortsverbandes der Gewerkschaften des Reiches, Derdingerstr. 1.

Geisenkirchen. Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgesamt von 1 M. 1. — beim Kassierer W. H. J. 30.

Halle a. S. Der Ortsverband ist in der Ortsverbandsgesamt befindet sich beim Kassierer Wilhelm J. 17.